



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode, 1987-1988

08.05.1990 - Drucksache 12/864

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN vom 17. April 1990

Truppenabbau im Lande Bremen

Eine zu erwartende Truppenreduzierung der US-Truppen nach einem Erfolg der Wiener Abrüstungsverhandlungen hat wahrscheinlich ökonomische, arbeitsmarktpolitische und wohnungsbaupolitische Auswirkungen für diese Region.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele US-Soldaten sind im Lande Bremen stationiert?
 2. Wie viele Angehörige von US-Soldaten wohnen im Lande Bremen?
 3. Wie viele Wohneinheiten stehen den Soldaten und ihren Angehörigen im Lande Bremen zur Verfügung?
 4. a) Welche Stationierungskosten entfallen auf das Bundesland Bremen?
b) Wie wurden diese Kosten bisher finanziert?
 5. Welche Grundstücke und Immobilien sind den Streitkräften im Lande Bremen noch überlassen?
 6. Wie viele direkte und indirekte Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer sind von den US-Streitkräften abhängig?
 7. Wie hoch schätzt der Senat den monetären Nachfrageeffekt von US-Soldaten, Angehörigen der US-Streitkräfte und bundesdeutschen Zivilangestellten für diese Region?
 8. Welche Wirtschaftssektoren in der Region werden von dieser Nachfrage besonders betroffen?
 9. Welche Vorstellungen für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen verfolgt der Senat im Falle von Truppenreduzierungen im Lande Bremen?
 10. Gibt es Forderungen des Senats an die Bundesregierung oder an die EG, für Bremen im Falle von Truppenreduzierungen ein Finanzausgleichsprogramm aufzulegen?
- Wenn ja, in welcher Höhe?
11. Welche Vorstellungen verfolgt der Senat im Falle von Truppenreduzierungen hinsichtlich der Nutzung bisher überlassener Grundstücke und Gebäude?

Schramm, Sygusch und Fraktion DIE GRÜNEN

D a z u

Antwort des Senats vom 8. Mai 1990

Zu 1.:

1266 US-Soldaten sind im Lande Bremen (ausschließlich in Bremerhaven) stationiert.

Zu 2.:

1305 Angehörige von US-Soldaten wohnen im Lande Bremen.

Zu 3.:

1241 Wohneinheiten stehen den Soldaten und ihren Angehörigen im Lande Bremen zur Verfügung.

Zu 4.:

- a) Ca. 70.000,— DM jährlich entfallen an Stationierungskosten auf das Land Bremen.
- b) Die Stationierungskosten wurden aus Haushaltsmitteln des Landes Bremen finanziert.

Zu 5.:

Den US-Streitkräften sind keine im Eigentum des Landes stehenden Grundstücke und Immobilien zur Nutzung überlassen.

Zu 6.:

Bei den US-Streitkräften im Lande Bremen sind 1065 deutsche Arbeitnehmer beschäftigt. Unter der üblichen Annahme eines regionalen Multiplikators von 1,5—2,0 (Lieferungen an die Streitkräfte, Bauleistungen, Einkommensverwendung der Zivilangestellten etc.) ist davon auszugehen, daß die Zahl der indirekt abhängigen Arbeitsplätze ebenfalls ca. 530—1060 beträgt. Hinzuzuzählen sind ca. 400 Beschäftigte für den Hafenumschlag der US-Army, der europaweit über Bhv erfolgt.

Zu 7.:

Der monetäre Nachfrageeffekt von US-Soldaten, Angehörigen der US-Streitkräfte und bundesdeutschen Zivilangestellten hängt vom verfügbaren Einkommen und vom Konsumverhalten dieser Personen ab.

Unter Verwendung entsprechender Verhaltensparameter (Konsumquote, Importquote etc.) ließe sich eine hinreichend genaue Abschätzung der Nachfrageeffekte für die Standortregion vornehmen. Zusätzlich ist in diesem Falle zu berücksichtigen, daß ein überproportional großer Teil der Konsumgüter aus Importen bestehen dürfte (US-eigene Läden mit US-Importen) und insofern nicht im engeren Sinne für die Region nachfragewirksam wird. Die Ermittlung dieser Verhaltensparameter erfordert jedoch umfangreiche und aufwendige Primärerhebungen, die in der kurzen Beantwortungsfrist dieser Anfrage nicht möglich sind.

Zu 8.:

Plausibilitätsüberlegungen sprechen dafür, daß vor allem standortgebundene, nicht importierbare Leistungen betroffen sind (z. B. Wohnungsvermietung, Automobilhandel; Reparaturen, Dienstleistungen etc.), während etwa der Bedarf an Nahrungs- und Genußmitteln — abgesehen von Frischwaren — weitgehend über die US-Läden gedeckt werden dürfte.

Zu 9.:

Zunächst ist zu betonen, daß heute noch keine zuverlässigen Angaben über evtl. Truppenreduzierungen in Bhv zu machen sind. Evtl. notwendige Ersatzarbeitsplätze müssen durch eine Kombination von Intensivierung der bremischen Wirtschaftsstrukturpolitik und Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen der betroffenen Arbeitnehmer (Anteil der Arbeiter ohne Berufsausbildung liegt bei 30 Prozent des Gesamtbesch.) geschaffen werden.

Zu 10.:

Obwohl von den von Truppenreduzierungsmaßnahmen betroffenen Ländern und Gemeinden bedrängt, hat die Bundesregierung es bislang versäumt, geeignete Hilfen zur Förderung von Standortumstrukturierungen vorzusehen.

Darüber hinaus hat die SPD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuß die Einrichtung eines Finanzhilfetitels mit der Ausstattung von DM 50 Mio. für 1990 beantragt. Die Neuschaffung dieses Titels ist mit den Stimmen der Regierungskoalition abgelehnt worden.

Der Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel prüft z. Z. die Notwendigkeit eines Sonderprogrammes „Rüstungskonversion im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Dieses Sonderprogramm würde neben den strukturschwachen Regionen mit Militärstandorten auch die Standorte der Rüstungsgüterproduktion einbeziehen.

Zu 11.:

Antwort entfällt.

(Siehe Antwort zu Frage 5.)